



Europa Aktuell 2/2021

WIFI4EU – Umsetzungsphase um sechs Monate verlängert

Bereits zum zweiten Mal wird die Umsetzungsphase für WIFI4EU-Projekte um sechs Monate verlängert. Dies betrifft sämtliche Ausschreibungen und ist auf die COVID-Krise zurückzuführen.

Mitte Februar wurde entschieden, dass Gemeinden im Besitz eines WIFI4EU-Vouchers eine zusätzliche Umsetzungsfrist gewährt wird. Grundsätzlich müsste die Installation eines örtlichen WIFI-Netzwerks innerhalb von 18 Monaten nach Vertragsunterzeichnung erfolgen, nun wurde entschieden, dass allen Gewinnern eines Vouchers ein zusätzliches halbes Jahr gewährt wird, um WIFI4EU-Projekte abzuschließen. Bis Februar konnten 4.000 der 8.900 WIFI4EU-Gemeinden den Installationsprozess abschließen.

Wie es indessen mit dem Programm in der neuen Förderperiode weitergeht, steht noch immer nicht fest. Auch wenn WIFI4EU im Rahmen der Connecting Europe Facility (CEF) grundsätzlich weitergeführt werden könnte, sind die Trilogverhandlungen über CEF noch nicht abgeschlossen, Gewissheit über die Zuweisung von Fördergeldern und allfällige nächste Calls wird es wahrscheinlich nicht vor dem Frühsommer geben.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/extension-installation-period-all-wifi4eu-beneficiaries>

EU-Gemeinderäte: Serviceangebote online

Die EU-Gemeinderäte haben eine neue Homepage. Doch nicht nur das, auch das Serviceangebot des Bundes wird hochgefahren und bietet alten und neuen EU-Gemeinderäten zahlreiche Möglichkeiten.

Der Gemeindebund ist als Partner der Initiative natürlich mit im Boot, wenn Europainformation in die Gemeinden gebracht wird. Während die Informationen auf der Homepage des Gemeindebundes und dieser Newsletter sowie die neue Seite www.europagemeinderate.at für jedermann zugänglich sind, richtet sich das Seminarangebot des Bundes ausschließlich an offiziell nominierte Europa-Gemeinderäte. Das dafür erforderliche und vom Bürgermeister zu unterschreibende Formular findet sich [hier](#).

Einen Überblick über die Informationsangebote für EU-Gemeinderäte enthält der gemeinsame [Brief](#) von Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl und Europaministerin Karoline Edtstadler, in dem auch dafür geworben wird, in jeder Gemeinde einen Europagemeinderat zu ernennen.

<https://gemeindebund.at/edtstadler-riedl-ein-eu-gemeinderat-in-jeder-gemeinde/>

Bürgermeister gegen Klimawandel – Onlineevent

Zur Unterstützung der europäischen Bürgerinitiative für eine faire CO₂-Bepreisung findet am 22. März eine Zoom-Konferenz für Bürgermeister statt, die die Bürgerinitiative unterstützen wollen. Ziel ist es, bis 2025 eine europaweite CO₂-Abgabe von 100€/Tonne sowie das Ende der Gratiszertifikate zu erreichen.

Die europäische Bürgerinitiative „Ein Preis für CO₂ zur Bekämpfung des Klimawandels“ wurde bereits Mitte 2019 registriert und hat bisher knapp über 50.000 Unterstützer. Damit die Forderungen auf europäischer Ebene behandelt werden, müssen eine Million Europäer unterschreiben. Gemeinsam mit dem Netzwerk „Bürgermeister gegen den Klimawandel“ wird am 22. März eine Zoom-Konferenz organisiert, zu der sich interessierte Bürgermeister, Gemeindefürsprecher oder Verbände anmelden können um mehr über die Initiative zu erfahren. Das von italienischen Bürgermeistern gegründete Netzwerk umfasst Gemeindevertreter großer und kleinerer Gemeinden u.a. aus Deutschland, Irland, Italien oder Slowenien.

Interessierte können sich unter info@stopglobalwarming.eu zur Konferenz anmelden bzw. nähere Informationen einholen.

https://europa.eu/citizens-initiative/initiatives/details/2019/000011_de

Demografischer Wandel und Grünbuch zum Thema Altern – Konsultation

Der demografische Wandel und politische Antworten darauf zählen zu den Schwerpunkten der von-der-Leyen-Kommission. Bis 21. April läuft – in Ergänzung des [Grünbuchs](#) – eine öffentliche Konsultation zum Thema Altern. Da Gemeinden in vielfältiger Weise damit zu tun haben, sind Beiträge aus der kommunalen Praxis gefragt.

Die Konsultation stellt u.a. Fragen zu Gesundheitspolitik und zur Förderung des Unternehmertums von Senioren. Aus Gemeindesicht interessant sind die Fragen zu den besonderen Herausforderungen des ländlichen Raums, etwa im Hinblick auf Gesundheitsversorgung und Pflege, Mobilität oder Einsamkeit.



Auch Strategien zur Stärkung der Freiwilligenarbeit und zur besseren Vernetzung der Generationen sind gefragt – ob die von der Kommission vorgeschlagene europaweite Plattform dazu der beste Weg ist, kann in Frage 6 beantwortet werden.

Der Fragebogen behandelt ein weites Themenspektrum und befasst sich an vielen Stellen mit möglichen Beiträgen der EU-Politik. Aber auch eine europäische best-practice Sammlung könnte angedacht sein, anders sind z.B. Fragen zur Raumplanung, wo die EU bekanntlich keine Kompetenz besitzt, nicht zu erklären.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12722-Demographic-change-in-Europe-green-paper-on-ageing>

Stabilitäts- und Wachstumspakt: Ausweichklausel bleibt in Kraft

Die Allgemeine Ausweichklausel, die ein Aussetzen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts bewirkt, bleibt bis Ende 2022 in Kraft. Dies bewirkt, dass öffentliche Investitionen und Hilfspakete nicht den strengen Stabilitätskriterien unterworfen sind.

Wachstum und ein Wiederankurbeln der Wirtschaft stehen weiter im Vordergrund, die Winterprognose der EU-Kommission hat ergeben, dass erst Mitte 2022 mit einer Erholung der Wirtschaft zu rechnen ist, die dem Vorkrisenniveau entspricht. Daher schlägt sie den Mitgliedstaaten eine Verlängerung der Ausweichklausel bis Ende 2022 vor. Die Mitteilung wird mit dem Rat diskutiert, nach dem Sommer soll die Entscheidung fallen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_884

Ausschuss der Regionen bleibt bis Ende Juli online

Ende Februar veröffentlichte der [Ausschuss der Regionen](#) den Beschluss, bis 31. Juli 2021 keine Präsenzsitzungen abzuhalten und somit Ausschuss- und Plenarsitzungen als Videokonferenzen fortzuführen.

Auch der [Kongress der Gemeinden und Regionen](#) im Europarat setzt weiterhin auf virtuell. Alte und neue Mitglieder müssen sich zur 40. Plenartagung am 23./24. März, bei der ein neues Präsidium gewählt wird, online zuschalten.